

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

» Aktiv für Entspannungspolitik und Abrüstung «

| März 2021 – Ausgabe 10 – Ostermarsch | Einladung zur Aktionskonferenz April |

Erklärung des Arbeitsausschusses der Initiative 11.03.2021

FRIEDEN BRAUCHT ABRÜSTUNG UND GEMEINSAME SICHERHEIT

Die Initiative **Abrüsten statt Aufrüsten** setzt sich mit aller Kraft dafür ein, dass die Friedens-, Abrüstungs- und Entspannungspolitik zu einem Schwerpunkt im Bundestagswahlkampf wird. Wir mischen uns ein, weil wir den Frieden bedroht sehen. Doch ein Konzept der Abrüstung, Entspannung und gemeinsamen Sicherheit erfordert einen Politikwechsel.

In unserer Initiative arbeiten Gewerkschaften, Sozialverbände, Kultur und Wissenschaft, Kirchen, Jugendverbände, Umwelt- und Klimabewegung und Entwicklungsorganisationen zusammen. Unser Land braucht eine starke Friedensbewegung. Dazu raten sowohl geschichtliche Erfahrungen als auch neue, vor allem globale Bedrohungen wie der vom Menschen gemachte Klimawandel.

Wir schlagen für das Wahljahr unterschiedliche Aktionen, Veranstaltungen und Kundgebungen vor. Wir helfen bei der Organisation. Der Arbeitsausschuss liefert Positionspapiere, Zeitungen, Newsletter, Argumente und Vordrucke für Flugblätter und Plakate.

Innerer und äußerer Frieden ist vielfältig bedroht

I. Der innere und äußere Frieden ist durch die Rückkehr des alten und eines neuen Nationalismus bedroht. Wir leben in einer Weltunordnung, die globalen Kräfteverhältnisse werden neu gemischt. Zwischen den NATO-Staaten, Russland und China zeigen sich neue Formen der Konfrontation, geschürt werden alte und neue Feindbilder. Weltweit sind die Folgen der Klimakrise und der Zugang zu knapp werdenden Ressourcen zu erstrangigen militärstrategischen Fragen geworden. Gewalt schlägt unvermittelt zu und erzeugt Angst. In der Folge verschärfen sich Konflikte und Konfrontationen, steigen die Militärausgaben in neue Rekordhöhen, nimmt die Militarisation der internationalen Politik zu. Durch die Möglichkeiten der Digitalisierung und autonomer Waffensysteme sinkt die Schwelle der Gewalt, z. B. durch den Einsatz bewaffneter Drohnen. Neue Atomwaffen werden stationiert, ihre Trägersysteme erneuert. 61 Prozent der Militärausgaben entfallen auf nur fünf Länder, auf die ersten 10 kommen insgesamt 75 Prozent. Deutschland liegt mit ca. 50 Milliarden Euro auf Platz sieben und hatte im Jahr 2019 unter den ersten 15 Staaten mit zehn Prozent den höchsten Zuwachs überhaupt. Die Aufrüstung wird weiter forciert, auch die Bundesregierung orientiert sich an der falschen und kurz-sichtigen NATO-Vorgabe 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Militär auszugeben. Dabei gibt es keinen Parlamentsbeschluss dafür. Finanzielle und menschliche Ressourcen werden

verschwendet, sie fehlen für Arbeit, Bildung, Soziales, Gesundheit und Klimaschutz. Eine absurde Entwicklung. Wir können es uns nicht leisten, Frieden nur als „Nicht-Krieg“ zu definieren. Die Corona Pandemie belegt die Verletzlichkeit des menschlichen Lebens, denn die Schutzschichten sind dünn geworden. Mit der Klimakrise kommt aber eine noch größere Gefahr immer schneller auf uns zu. Wir leben in der geologischen Erdepoche der Menschheit, die uns anvertraute Welt, wie die Menschen sie über Jahrtausende kennengelernt haben, hört auf zu existieren. Sogar eine ökologische Selbstvernichtung der Menschheit ist denkbar geworden. Auch die soziale Ungleichheit wächst bedrohlich. Ungleichheit ist ebenso ein nationales wie ein globales Problem. Weltweit verfügt ein Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung – oder 52 Millionen Menschen – über fast die Hälfte des globalen Vermögens, wohingegen 54 Prozent lediglich auf 1,4 Prozent kommen. Die Klimakrise wird die soziale Spaltung noch vertiefen, zumal ihre Folgen auf dramatische Weise ungerecht verteilt sind. Afrika, das besonders betroffen ist, verursacht mit 18 Prozent der Weltbevölkerung nicht einmal vier Prozent der Treibhausgase, während das reichste ein Prozent für rund 15 Prozent verantwortlich ist. Insofern ist unsere Zivilisation in doppelter Weise von der Gefahr eines Selbstmords bedroht: der schnelle Tod durch Atomwaffen und der langsame Tod durch die anthropogene Klimakrise. Das ist aber kein Naturgesetz, sondern eine Frage, ob wir schnell handeln und den inneren und äußeren Frieden sichern.

Wir entscheiden, wohin das Pendel schlägt

II. In dieser Schlüsselsituation entscheiden wir heute, wohin das Pendel schlägt, ob die Weichen für eine friedliche Zukunft gestellt werden oder ob wir noch tiefer in eine Sackgasse geraten. Menschliches Leben ist sowohl durch neue Aufrüstung als auch durch globale soziale, ökologische und politische Konflikte gefährdet. Weil wir den Frieden wollen, dürfen wir weder das Sterben unseres Planeten länger hinnehmen noch die Spaltung der Welt zwischen arm und reich. Andernfalls wird unser Jahrhundert ein Jahrhundert der Gewalt und erbitterter Verteilungskämpfe. Umso wichtiger ist Abrüsten und Verständigung. Wir wollen mit unseren Partnern in der Gesellschaft ein wichtiger Antrieb sein, die gigantische Aufrüstung zu stoppen, Rüstungsexporte in Krisen- und Konfliktgebiete zu beenden und neue Konfrontationen zu beenden. Wir wollen die erneute große Transformation, die Demokratie und ein humanes Leben fundamental herausfordert, sozial und ökologisch gestalten. Das erfordert Impulse für einen nachhaltigen und sozial gerechten Strukturwandel, der auch die wehr- und sicherheitstechnische Industrie einbezieht. Andernfalls wird die Arbeit erniedrigt, die Natur zerstört, die Wirtschaft global und in allen Ländern instabil und die Welt in Krisen führen. Angesichts der atomaren Overkill-Kapazitäten und neuer autonomer Waffen wäre Krieg das Ende aller Dinge. Die Welt braucht dringend eine Ordnung der Verständigung, Entspannung und Zusammenarbeit. Bei Olof Palme hieß es: „Alle Seiten müssen Sicherheit erlangen, nicht vor dem Gegner, sondern gemeinsam mit ihm“. Eine neue Friedens- und Entspannungspolitik muss in unserer Zeit, in der die weltweiten Verflechtungen und Abhängigkeiten ständig zunehmen, an die Stelle der Konfrontation treten. Das Ziel muss heißen: Abrüsten und gemeinsame Sicherheit statt Abschreckung und Aufrüsten. Es ist Zeit umzudenken, den Nationalismus zu bekämpfen und eine Weltinnenpolitik zu beginnen. Notwendig ist sowohl eine Friedens-, Abrüstungs- und Entspannungspolitik als auch eine sozial-ökologische Gestaltung der globalen Transformation. Konfrontation,



Bundesweiter Aktionstag für Abrüsten am 05.12.2020 in Bremen | © Söhnke Hundt

Säbelrasseln und Aufrüstung müssen aufhören. Statt immer höhere Militärausgaben, fordern wir mehr Geld für Klimaschutz, Sozialleistungen und Investitionen in die Erneuerung der gesellschaftlichen Infrastruktur, damit es zu einer solidarischen Gestaltung der Transformation kommt. Atomare Abrüstung, Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle sind eine Frage der Vernunft, sie müssen wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden und alle Waffensysteme einbeziehen. Die nach 1945 mit der Gründung der Vereinten Nationen angestrebte Weltordnung reflektiert weder die veränderte Weltbevölkerung noch die Souveränitäts- und Sicherheitsinteressen der großen Mehrheit der Staaten im 21. Jahrhundert. Die damals fünf Atomwaffenstaaten als ständige Vetomächte im UN-Sicherheitsrat haben mehr Rechte als die anderen 188 Staaten zusammen. Die vertraglich festgelegte Begrenzung der Atomwaffenstaaten hat nicht funktioniert. Der bestehende Nichtverbreitungsvertrag bedarf dringend der konkreten Ergänzung, um die reale Drohung einer globalen Zerstörung zu beenden. Auch deshalb haben im Jahr 2017 gegen den Willen der Vetomächte 122 Staaten in den Vereinten Nationen für einen weltweiten Atomwaffenverbotsvertrag gestimmt. Auch die scheinbar einfache Formel einer europäischen Armee, die mit „deutscher Verantwortung“ begründet wird, droht die Transparenz und den Parlamentsvorbehalt – und damit die politischen Mitsprachemöglichkeit der gewählten Abgeordneten – auszuhebeln und die Rüstungsausgaben weiter zu steigern. Eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss sich daran orientieren, durch Diplomatie und Unterstützung demokratischer Institutionen zur Friedenssicherung und Friedenserhaltung beizutragen. Die Europäische Union ist gefordert, sich für eine weltweite Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik einzusetzen. Unerlässlich ist zudem eine konsequente Ausrichtung aller politischen Initiativen der EU an Rüstungskonversionsstrategien und einheitlichen europäischen Regeln für Rüstungsexporte. Zudem müssen die Aufwendungen für

zivile Friedenssicherung und -erhaltung deutlich aufgestockt werden. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen sich auf das Gründungsversprechen eines geeinten Europas als Friedens- und soziales Fortschrittsprojekt zurückbesinnen. Von daher brauchen wir eine breite Debatte über die friedenspolitische Rolle Europas in der zusammengewachsenen Welt, was Aufrüstung und Militarisation der internationalen Politik bedeuten, wo sie hinführen oder was wir für eine gemeinsame Sicherheit wirklich tun müssen, damit die Weichen dauerhaft für Frieden und Zusammenarbeit gestellt werden. In der Welt, in der die ökonomischen, sozialen, ökologischen und politischen Krisen zunehmen, darf Sicherheit nicht militärisch definiert werden. Wir brauchen mehr Kommunikation, Vertrauensbildung und Verständigung statt Diffamierung, Sprachlosigkeit und Konfrontation. Unsere Zeit braucht Abrüsten statt Aufrüstung, braucht eine neue Entspannungspolitik jetzt!

Frieden durch Abrüsten, Entspannung und gemeinsame Sicherheit

III. Der Einsatz für den Frieden durch Abrüsten, Entspannung und gemeinsame Sicherheit ist die wahre Realpolitik unserer Zeit. Als Friedensmacht eröffnen sich der Europäischen Union neue Chancen. Als Union der Nachhaltigkeit kann sie sowohl zu einem Vorbild für die Zukunft werden als auch neue europäische und globale Partnerschaften knüpfen und vertiefen. Die gigantische Aufrüstung ist ein gefährlicher Irrsinn, der in eine militärische Eskalationsdynamik mündet. Deshalb sagen wir Nein zu der Forderung, immer mehr Geld für das Militär auszugeben. Wir brauchen das Geld für das Friedensprojekt Europa. 2021 steht vor allem unter den Bedingungen der Bundestagswahl im September. Wir werden die Parteien und die Kandidatinnen und Kandidaten der Bundestagsparteien (außer der rassistischen und völkisch-nationalistischen AfD) befragen, wie sie zu unseren Positionen stehen.

Weiter auf Seite 4

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN
180.000
UNTERSCHRIFTEN

Der Arbeitsausschuss der Initiative Abrüsten statt Aufrüsten

Peter Brandt (Neue Entspannungspolitik Jetzt!) | **Reiner Braun** (International Peace Bureau) | **Barbara Dieckmann** (Präsidentin Welthungerhilfe a. D.) | **Thomas Fischer** (DGB) | **Philipp Ingenleuf** (Netzwerk Friedenskooperative) | **Christoph von Lieven** (Greenpeace) | **Michael Müller** (Naturfreunde, Staatssekretär a. D.) | **Willi van Ooyen** (Bundesausschuss Friedensratschlag) | **Miriam Rapior** (BUNDjugend, Fridays for Futures) | **Ulrich Schneider** (Geschäftsführer Der Paritätische Wohlfahrtsverband) | **Ludwig Weigel** (Deutscher Bundesjugendring) | **Uwe Wötzel** (Ver.di) | **Thomas Würdinger** (IG Metall) | **Olaf Zimmermann** (Deutscher Kulturrat).

Warum sich der Paritätische Wohlfahrtsverband für Abrüstung engagiert

AUCH SOZIALPOLITIK IST FRIEDENSPOLITIK

Friedenspolitik ist kein Kernthema der Wohlfahrtspflege. Anders als die Gewerkschaften ist der Paritätische Wohlfahrtsverband nicht bereits seit Jahrzehnten Teil der Friedensbewegung, aber wir waren immer schon Lobby für jene, die unter Ausgrenzung leiden. Die mehr als 10.000 Organisationen und Initiativen unter dem Dach des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes machen soziale Arbeit - von der Kinderbetreuung über die Jugendarbeit, der Obdachlosen- und Suchtkrankenhilfe, der Behinderten- und Gesundheitsselfhilfe bis zur Altenpflege und, natürlich auch der Flüchtlingshilfe. Sie organisieren Rat, Hilfe und Unterstützung für Menschen, die darauf angewiesen sind.

Auch wenn wir nicht seit Jahrzehnten mit den Friedensaktivisten zusammen gekämpft haben, haben wir aber doch eine klare Haltung: Die Idee der Parität steht für die Gleichwertigkeit aller Menschen in ihrem Ansehen und ihren Möglichkeiten. Jeder Mensch hat das Recht auf Verwirklichung eines

Lebens in Würde. Unsere soziale Arbeit ist Menschenrechtsarbeit. Und daher kommt eine rein nationale Perspektive zwangsläufig irgendwann an ihre Grenzen.

Auch wir als Wohlfahrt, der Paritätische Gesamtverband, sind nun an dem Punkt angekommen, wo wir sagen: „So geht es nicht weiter. Wir müssen uns einmischen, die gesamte Wohlfahrt muss sich einmischen.“ In den letzten Jahren waren auf der Welt derzeit so viel Menschen auf der Flucht, wie noch nie zuvor. Millionen von Menschen, die vertrieben sind, die flüchten vor Gewalt, vor Terror. Und eine der Hauptsachen dieses unendlichen menschlichen Leids, dieser unmenschlichen Situation, dass Millionen aus ihrer Heimat fliehen müssen, ist Krieg auf dieser Erde.

Wir glauben einfach nicht daran, dass immer mehr Rüstung zu immer mehr Frieden führen könnte. Wir glauben nicht an diese unsinnige These, dass Abschreckung und wechselseitige Bedrohung Frieden schaffen könnte. Wir glauben nicht daran, dass Gegenei-

ner Frieden schafft. Wir wissen aber, ohne Rüstung gäbe es keinen Krieg.

Die Länder des globalen Nordens tragen strukturell zur gewaltsamen Eskalation von Konflikten im Süden bei. Dies geschieht durch den Export von Rüstung, waffentauglicher Technologie und Munition in Krisenregionen ebenso wie durch die Unterstützung von Bürgerkriegsökonomien im Rahmen des Handels. Auch der Handel mit Rohstoffen trägt vielerorts zur Ausbreitung von kriegerischen Konflikten bei. Der globale Norden trägt hier eine politische Verantwortung. Abrüsten statt Aufrüsten ist das Gebot der Stunde.

Jeder Euro, der in Rüstung gesteckt wird, ist ein falscher Euro, ein schlecht ausgegebener Euro. Denn wir wissen auch: Rüstung ist immer ein mieses Geschäft. Wir wollen keine Rüstung, weil wir als Wohlfahrtsverband einfach mit zu vielen Menschen zu tun haben, die unter diesen Kriegen bitter leiden.

Es gibt aber noch einen zweiten Grund, warum wir sagen, wir müssen

uns einmischen. Es ist in der Tat nicht so, dass wir die großen friedenspolitischen Strategien sind und als Wohlfahrtsverband jetzt in allen Details wüssten, was gut, was schlecht, was richtig und was falsch ist in der Friedenspolitik.

Was wir aber ganz sicher wissen, ist, dass wir im Moment, in dieser Corona-Krise mit schwersten wirtschaftlichen Folgen zu tun haben. Und wir wissen, nach dem Wirtschaftseinbruch kommt der Steuereinbruch und nach dem Steuereinbruch kommen die wahrscheinlich schlimmsten Verteilungskämpfe, die wir in den letzten Jahren in dieser Bundesrepublik hatten. Und da müssen wir gewappnet sein.

Es wäre nicht nur völlig unsinnig und fahrlässig, es wäre sogar unverantwortlich, zu wissen, dass wir diese Verteilungskämpfe vor uns haben und dann ausgerechnet den Rüstungsetat, egal was kommt, immer weiter hoch schrauben. Das macht überhaupt keinen Sinn.

Wir haben jetzt schon einen Rüstungsetat, der geht auf die 50 Milliarden Euro zu. Wenn wir tatsächlich bis 2031 dem Ziel folgen wollen, 2 Prozent des BIP nur für diesen Rüstungswahnsinn auszugeben, dann wären wir bei 80 oder 90 Milliarden Euro. Das kann nicht sein. Es heißt aus Nato-Kreisen, diese Ausgaben seien wichtig, um Stabilität und Frieden zu gewährleisten. Wir sagen: Es ist auch wieder mal Zeit, hier unter uns Stabilität und Sozialen Frieden zu stärken. Und dafür brauchen wir das Geld.

Wir haben in Deutschland mittlerweile eine Armutsquote, die seit der Vereinigung noch nie so hoch war wie heute. Über 13 Millionen Menschen leben unter uns in Armut. Nicht einmal die Hälfte der fast 50 Milliarden Rüstungsausgaben würde dafür sorgen, dass hierzulande niemand mehr in Einkommensarmut leben müsste. Wir haben in Deutschland eine Situ-

ation, dass uns 100 000 Pflegekräfte in Altenheimen fehlen. 80 000 Pflegekräfte fehlen in den Krankenhäusern. Nach Schätzungen der GEW fehlen in den nächsten Jahren mehr als 300.000 Erzieherinnen und Erzieher. Wir sagen: Das Geld, was jetzt in Rüstung gesteckt wird, sollten wir genau da einsetzen, in Armutsbekämpfung, Pflege, in Erziehung, in Bildung, kurz: in soziale Sicherheit und letztlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir wollen endlich Stabilität auch wieder in Deutschland. Wir sind ein instabiles Land geworden. Man braucht sich nur den rechtsradikalen Spuk anschauen, mit dem wir es zu tun haben. Selbst im Bundestag haben Handlanger dieser Rechtsradikalen Platz genommen. Wir sind überzeugt davon: Die beste Politik gegen Rechtsradikale ist eine gute Sozialpolitik, die Sicherheit schafft und alle mitnimmt, keinen zurücklässt. Das wollen und das brauchen wir - aber ganz bestimmt keinen Rüstungswahnsinn.



Ulrich Schneider, Geschäftsführer der Paritätische Wohlfahrtsverband

Er gehört dem Arbeitsausschuss "Abrüsten statt Aufrüsten" an.

Die doppelte Gefahr der Selbstvernichtung

FRIEDEN! JETZT! ÜBERALL!

Kriege fallen nicht in den Himmel. Wenn sie nicht aus Größenwahn, Machtgier oder völkischer Überlegenheitsideologie begonnen werden, dann liegen ihre Ursachen vor allem in der Eskalation von Auf- und Hochrüstung und in ungelösten sozialen, ökologischen und politischen Konflikten. Das ist auch heute so: Einerseits sind viele Staaten von dem Virus der Aufrüstung infiziert, andererseits ist die Welt von der Klimakrise und wachsender sozialer Ungleichheit bedroht, die in Egoismus, Gier und den wirtschaftlichen Verwertungszwängen offener Märkte begründet sind.

Von daher kann Frieden nicht nur als Abwesenheit von Krieg definiert werden, sondern er erfordert auch die Grundlagen für eine friedliche Welt. Dazu gehören sowohl Abrüstung und Rüstungskontrolle als auch eine sozial-ökologische Weltinnenpolitik. Die Grundlage dafür ist die Idee der gemeinsamen Sicherheit, also Sicherheit nicht vor dem Gegner, sondern zusammen mit dem Gegner. Heute. Im neuen geologischen Erdzeitalter des Menschen gebieten das Vernunft und Verantwortung.

Nicht von ungefähr ist die Idee der Gemeinsamkeit die Grundlage der drei großen UN-Berichte aus den 1980er Jahren: 1. Gemeinsames Überleben, der Nord-Süd-Report von Willy Brandt; 2. Gemeinsame Sicherheit von Olof Palme und 3. Unsere gemeinsame Zukunft, der Brundtland-Bericht mit der Idee der Nachhaltigkeit. In der damaligen Zeit gab es eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Friedens- und Anti-Atombewegung. Das verbindende Glied war der Kampf gegen die Nutzung der Atomspaltung - militärisch wie zivil. Das hat unser Land geprägt.

Die Grundidee der Gemeinsamkeit macht es heute noch wichtiger, dass Friedensbewegung, Sozial- und Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, Umweltverbände, Kirchen und Entwicklungsgruppen eng zusammenarbeiten. Die Vereinten Nationen befürchten in ihren Berichten zur Entwicklung der menschlichen Zivilisation, dass die Klimakrise die größte Herausforderung der bisherigen Menschheitsgeschichte ist. Ebenso

wie die Verteilungskämpfe um knapp werdende Ressourcen wie Edelmetalle, Wasser oder Erdöl ist auch sie eine Frage von höchster militärischer und sicherheitspolitischer Dimension. Um die Klimakrise zu bewältigen, benötigen wir die soziale und ökologische Gestaltung unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Das gehört unbedingt zu einer Friedenspolitik.

Bei der Erderwärmung geht es aber nicht um eine schrittweise Entwicklung. Wir müssen schon bald mit einer dramatischen Zuspitzung rechnen, wenn nicht sofort gehandelt wird. Denn:

1. Wir sind kurz davor, dass die globale Erderwärmung 1,2 Grad Celsius beträgt. Im Trend werden 1,5 Grad wahrscheinlich um das Jahr 2042 erreicht werden. Diese in weiten Teilen der Erde bereits kritische Erwärmung mit weitreichenden Folgen für Mensch und Natur ist wohl nicht mehr zu verhindern, denn das Klimasystem benötigt rund vier Jahrzehnte, um sich an die Aufladung der Troposphäre mit Treibhausgasen anzupassen. Das heißt: Ein Teil der Zukunft ist bereits festgelegt.

2. Das Klimasystem steuert auf Kipppunkte zu, an denen sich die Entwicklung massiv beschleunigen, ganze System zusammenbrechen oder jede Berechenbarkeit verloren gehen kann. Dazu zählen die Veränderung in der thermohalinen Strömung, ein Austrocknen der Regenwälder oder das Absterben der Korallenriffe.

3. Die Folgen der Erderwärmung sind sozial, räumlich und zeitlich höchst ungerecht verteilt. Sie treffen in erster Linie sozial schwächere Gruppen, ökologisch sensible Regionen und künftige Generationen, weniger dagegen die Hauptverursacher. Die Verteilungskämpfe spitzen sich zu.

Mit der Globalisierung der Eingriffe und Folgen werden planetarische Grenzen überschritten, die Öko-Systeme überlastet, der Raubbau an den natürlichen Ressourcen verstärkt und die Biodiversität zerstört. Damit wird die Natur vernichtet, auf die menschliches Leben angewiesen ist. Es geht um nicht weniger als die Bewahrung der menschlichen Lebensgrundlagen. Dies kann nur durch eine friedvolle Weltinnenpolitik gelingen.

Denn grüne, abgeschottete und hochgesicherte Oasen des Wohlstands darf und kann es auf einer unwirtlichen Welt nicht geben. Vielmehr müssen wir zu einer gemeinsamen Sicherheit kommen. Dafür braucht unsere Zeit sowohl Vorreiter für die soziale und ökologische Gestaltung der Transformation als auch eine starke Friedensbewegung, die für einen Politikwechsel eintritt - national und international.



Michael Müller, Bundesvorsitzender NaturFreunde Deutschlands und Parlamentarischer Staatssekretär a. D.



Myriam Rapior, Sprecherin BUND-Jugend und Mitglied der Kommission zur Neuordnung der Landwirtschaft

Beide gehören dem Arbeitsausschuss „Abrüsten statt Aufrüsten“ an

» Meine Sicherheit ist nur gewährleistet, wenn auch die Sicherheit meines Gegenüber gewährleistet ist. Sicherheit gibt es nur im „Doppelpack“ «

ANZEIGE

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Matthias Monroy
DER LANGE WEG ZUR DROHNENMACHT
 Unbemannte Systeme bei der Bundeswehr
 Studie 4/2021, 37 Seiten,
 Broschur, Februar 2021, ISSN 2194-2242

Download und Bestellung
www.rosalux.de/publikation/id/43899

Seit Jahren kritisieren Menschenrechtsorganisationen den Einsatz von Kampfdrohnen. Das Verteidigungsministerium forciert die Entwicklung der «Eurodrohne» durch Airbus. Die Studie leistet einen akribischen Beitrag über die Entstehung des deutschen Drohnenprogramms. Johanna Hoffmann illustrierte die Studie mit Piktogrammen des deutschen Drohnenarsenals.

Weitere Publikationen unter www.rosalux.de

Erinnern und die Zukunft gestalten –

FÜR EINE POLITIK DER GEMEINSAMEN SICHERHEIT

Immer mehr Menschen haben das Gefühl, dass wir in einer Zeit zuge-spitzter Konfrontationen und sogar wieder der Möglichkeit eines großen Krieges leben. Unsicherheit prägt mehr und mehr auch unser tägliches Leben. Die Aussage der wissenschaftlichen Nobelpreisträger: die Uhr steht auf 100 Sekunden vor 12, ist der prägnante Ausdruck dieser uns alle bedrohenden Gefahren, vor allem – längerfristig – das Klimadesaster, und unmittelbar die auf der Erde vorhandenen 14.000 Atomwaffen.

Gibt es dazu eine Alternative, die gesellschaftlich und politisch – national und international – mehrheitsfähig ist, die hilft, das Überleben zu sichern und ein besseres Leben zu gewährleisten? Eine Strategie, die geschichtliche Erfahrungen mit Antworten auf aktuelle Herausforderungen verbindet? Im Atomzeitalter gilt der Satz buchstäblich, wie ihn unter anderem Willy Brandt formuliert hat: „Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts“!

Dieses politische Konzept ist die Politik der „gemeinsamen Sicherheit“ – sie ist konservativ und revolutionär zugleich.

Konservativ, weil sie nicht auf die Veränderung der Gesellschaftssysteme und der politischen Ordnungen der einzelnen Länder abzielt; sie akzeptiert Sozialismus und Kapitalismus, oder wie immer die Regierenden ihr System kennzeichnen. Sie anerkennt als existent und legitimer Weise nur von Innen veränderbar die verschiedenen Varianten eines autoritären, liberalen und wohlfahrtsstaatlich regulierten Kapi-

talismus ebenso wie eine demokratische oder autoritäre Verfasstheit nicht-kapitalistischer Staaten. Sie schafft auf diesem Weg überhaupt erst die Voraussetzung eines friedlichen Wettstreits dieser Systeme.

Sie ist revolutionär, weil sie Krieg als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ausschließt, weil sie damit diese mörderische Methode der Konfliktaustragung, die Hunderte Millionen Tote über Jahrtausende gekostet hat und seit über 60 Jahren die Existenz der Menschheit schlechthin infrage stellt, nicht mehr zulässt, oder, anders gesagt, die Menschheit und den Planeten auf eine neue Stufe des Zusammenlebens hebt, die einen elementaren Humanismus zur Grundlage hätte.

Die Politik der gemeinsamen Sicherheit kann uns einem der großen Menschheitsräume näher bringen: eine Welt ohne Krieg! Wie viele Generationen haben immer wieder mutig, oft vergebens, unter großen Opfern dafür gestritten und gelitten.

Vor fast 40 Jahren wurde die gemeinsame Sicherheit in dem Olof-Palme-Report „Common Security Blueprint for Survivals“ von einer internationalen Expertengruppe als Konzeption formuliert; nächstes Jahr soll es unter Beteiligung von IPB (International Peace Bureau) und ITUC (Weltgewerkschaftsbund) fortgeschrieben werden.

Was sind Grundprinzipien dieses weiterhin aktuellen Konzepts?

- ▶ Sicherheit kann im Atomzeitalter nicht alleine bzw. gegeneinander, sondern nur gemeinsam und partnerschaftlich geschaffen werden.
- ▶ Krieg ist im Atomzeitalter kein Mit-

tel der Politik mehr; alle Konflikte und Kontroversen müssen friedlich, im Dialog und durch Verhandlungen gelöst werden. Gewaltsame Veränderungen von Grenzen, die Aneignung von Gebieten werden ausgeschlossen, die staatliche Souveränität und über-nationale Zusammenschlüsse bleiben unangetastet.

▶ Kooperation ist die Grundlage für friedliches Zusammenleben, diese muss sich in Schritten entwickeln und beinhaltet die Entwicklung von Vertrauen. Kooperation umfasst alle Ebenen: Ökonomie, Ökologie, Wissenschaft, Kultur, Sport. Konsultationen auf allen Ebenen und auch gemeinsame Krisenreaktionen gehören dazu.

▶ Menschenrechte werden geachtet, und ihre Verwirklichung wird im dialogischen Gespräch auch immer wieder angemahnt – und zwar von allen Seiten und bezogen auf alle Menschenrechte. Bürgerliche und soziale Menschenrechte sind aber kein Kampfinstrument in zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen, um den jeweils anderen als „Bösen“ abzustempeln.

▶ Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sind unverzichtbar. Dazu gehören immer auch kleine erste Schritte der Demilitarisierung, der Entzerrung von Truppen und andere vertrauensbildende Maßnahmen wie Kontakte zwischen Militärs. Offenheit und Überprüfbarkeit von Maßnahmen sind unverzichtbar. Exklusive Militärbündnisse wie die NATO sind längerfristig entweder in bestehende inklusive Netzwerke zu entmilitarisieren und vollständig neu zu gestalten (wie in Europa die OSZE) oder aufzulösen.

War die Politik der gemeinsamen Sicherheit ursprünglich ein euro-atlantisches Konzept, so ist sie heute ein globales und muss gerade deswegen verstärkt regionalisiert werden. Notwendig sind ganz spezifische Konzepte für gemeinsame Sicherheitsstrategien für verschiedene Regionen dieser Welt, nicht nur für Europa, sondern z. B. auch für die koreanische Halbinsel, für den Pazifik und für das Südchinesische Meer.

Die Entspannungspolitik des 21. Jahrhunderts ist undenkbar – auch das ist eine Weiterentwicklung gegenüber Ansätzen aus den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts – ohne die Friedensbewegung als eine der großen, grenzüberschreitenden sozialen Bewegungen und ohne eine internationale Zivilgesellschaft. Sie sind der Motor für eine neue Entspannungspolitik, treiben diese Entwicklungen voran und sichern sie durch eine umfassende Diplomatie von unten gegen Krisen ab.

Die Grundüberlegung des Olof-Palme-Reports ist ganz einfach: Meine Sicherheit ist nur gewährleistet, wenn auch die Sicherheit meines Gegenüber gewährleistet ist. Sicherheit gibt es nur im „Doppelpack“.

Abrüstung – auch dies eine Lehre aus den 70er und 80er Jahren – ist die unabdingbare „Materialisierung“ der Entspannungspolitik. Deswegen ist Abrüstung absolut zentral. Sie könnte durch einseitige kalkulierte Schritte, besonders derer, die in der stärkeren Position sind, entscheidend vorangebracht werden. In der nördlichen Hemisphäre ist das die NATO.



Reiner Braun,
International Peace Bureau



Peter Brandt,
Neue Entspannungspolitik Jetzt!

Beide gehören dem Arbeitsausschuss „Abrüsten statt Aufrüsten“ an.

Interview

DER PARLAMENTSKREIS ATOMWAFFENVERBOT BEGRÜSST DEN ATOMWAFFENVERBOTSVERTRAG

Wie schätzen Sie die politische Situation nach dem Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages ein? Was hat sich dadurch geändert?

Katja Keul: „Das Inkrafttreten des VN-Atomwaffenverbotsvertrags am 22. Januar ist ein historischer Moment und ein wichtiger Schritt in Richtung einer atomwaffenfreien Welt. Der Vertrag verbietet den Vertragsstaaten Atomwaffen zu testen, zu entwickeln, zu produzieren, zu besitzen, weiterzugeben, zu lagern und einzusetzen. Gerade jetzt, in einer Zeit weltweiter Aufrüstung, wird damit ein wichtiges Zeichen gesetzt.“

Kathrin Vogler: „Mit dem Atomwaffenverbot kommt ein Stein ins Rollen. Der Atomwaffenverbotsvertrag unterstützt die Intention des Nichtverbreitungsvertrags und bringt wieder Schwung in die globalen nuklearen Abrüstungsbemühungen. Die Bundesregierung kann den Vertrag nicht länger ignorieren, sondern muss Position beziehen. Unser Ziel ist es daher, mit dem Parlamentskreis im Bundestag eine breite Unterstützung für den Verbotvertrag aufzubauen.“

Ralf Kapschack: „Wir haben unseren Parlamentskreis im September 2019 gegründet, um aktuellen und ehemaligen Abgeordneten die Möglichkeit zu bieten, sich über Fraktionsgrenzen hinweg zu vernetzen und die nächsten Schritte in der nuklearen Abrüstung

zu planen. Von diesem Forum können in der Zukunft wesentliche Impulse für einen Beitritt zum Verbotvertrag ausgehen und wir freuen uns über viel Interesse und regen Zulauf.“

Was muss jetzt getan werden, um die Bundesregierung zur Unterzeichnung zu bewegen?

Ralf Kapschack: „Initiativen auf kommunaler Ebene wie Mayors for Peace oder der ICAN-Städteapell werben für die deutsche Ratifizierung des Vertrags. 115 Städte und Gemeinden haben sich mittlerweile diesem Appell angeschlossen, darunter auch alle Landeshauptstädte. Das sind wichtige Signale, die die Bundesregierung nicht einfach ignorieren kann. Deshalb ist es wichtig, diese Initiative „von unten“ zu verstärken. Immerhin hat sich der deutsche Außenminister inzwischen dafür ausgesprochen, dass die Bundesrepublik mit einem Beobachterstatus die weiteren Diskussionen im Rahmen des Vertrages begleitet.“

Katja Keul: „Ob Nichtverbreitungs-, Verbotvertrag oder Abzug der Atomwaffen aus Deutschland – im Kern geht es jedes Mal um den Irrglauben an die nukleare Abschreckung, an das Gleichgewicht des Schreckens, das uns angeblich Frieden und Stabilität verschafft. Ich finde die Vorstellung absurd, dass im Rahmen der nuklearen Teilhabe deutsche Piloten Atomwaffen aus Büchel Richtung Osten transportieren, um sie dort abzuwerfen und dadurch

Tausende Menschen zu töten und alles über Generationen zu verseuchen. Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit in Deutschland genauso denkt; diese Mehrheit muss sich auch in politischen Entscheidungen ausdrücken.“

Kathrin Vogler: „Es gibt faktisch keine rechtliche Hürde für die NATO-Staaten, auch nicht für Deutschland, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Deshalb ist es richtig, sich auf allen Ebenen für die Forderung stark zu machen, dass Deutschland der Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft folgen und dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten soll. Deshalb unterstützen wir den Appell der Friedensbewegung, dass die nukleare Teilhabe zügig beendet und der Abzug der verbliebenen Atomwaffen aus Deutschland eingeleitet werden muss.“

Im Bundestag wurde 2019 ein interfraktioneller Parlamentskreis Atomwaffenverbot unter Beteiligung von Abgeordneten aus den Fraktionen von CDU/CSU, SPD, Linken und Grünen gegründet. Wir sprachen mit den Initiator*innen des Parlamentskreises Ralf Kapschack (SPD), Kathrin Vogler (DIE LINKE) und Katja Keul (B90/Die Grünen).

Die Fragen stellte Marek Voigt



Gründungsversammlung des Parlamentskreises Atomwaffenverbot, v.l.n.r. Ralf Kapschack, Kathrin Vogler, Katja Keul und Referent Leo Hoffmann-Axthelm, ICAN | © Phillip Jung



Was bewaffnete Drohnen mit der EU-Militarisierung zu tun haben

KAMPFDROHNEN: VORAUSSETZUNG FÜR AUTONOME WAFFENSYSTEME

Anfang Dezember 2020 haben viele aus der Friedensbewegung und von der SPD-Basis mit Aufklärung, Lobbybriefen und -gesprächen sowie Petitionen dazu beigetragen, dass die SPD der Bewaffnung der Bundeswehrodronen nicht zugestimmt hat. Dies ist eine gute Nachricht und zugleich nur ein Aufschub.

Die Drohnenbewaffnung wird von ihren Befürworter*innen mit einem defensiv und humanitär daherkommenden Ziel begründet: dem Schutz deutscher Soldat*innen bei Auslandseinsätzen. Seit 2014 sind aber keine Bundeswehrangehörigen durch gegnerische Einwirkung zu Tode gekommen. Mit Bezug auf den Bergkarabach-Krieg fordert die Verteidigungsministerin die Ausrüstung der NATO mit Drohnen und Drohnenabwehrsystemen. Sie bezieht sich unter anderem auf eine Studie der Bundesakademie für Sicherheitspolitik: Ohne Luftabwehr werde man zum „hilflosen Opfer“. Man müsse sich gegen „asymmetrische Bedrohungen“ durch Terroristen zur Wehr setzen können. Diese Argumentation ist nur bedingt plausibel, denn Kampfdrohnen sind zunächst einmal Angriffswaffen. Sie sind nicht für die Landesverteidigung und nicht für UN-mandatierte Einsätze zur Friedenssicherung geeignet. Sie stehen vielmehr im Zusammenhang mit der Entwicklung der Eurodrohne sowie, einem der größten Rüstungsprojekte der EU, dem Future Combat Air System (FCAS). Dabei handelt es sich um ein Luftkampfsystem, das aus einem neuen Kampfflugzeug nebst angedockten bewaffneten Drohnen Schwärmen bestehen soll und dessen Gesamtvolumen auf 100 bis 500 Milliarden Euro geschätzt wird.

Integraler Bestandteil von FCAS ist eine Allzweckdrohne, das könnte die sogenannte „Eurodrohne“ MALE RPAS (Medium-altitude, long-endurance remotely piloted air system) sein. Die Eurodrohne soll unter Führung des deutschen Ablegers des Rüstungskon-

zerns Airbus D&S (D) zusammen mit Dassault Aviation (F), Leonardo (IT) sowie Airbus S.A.U. (E) entwickelt werden. Deutschland beabsichtigt sieben von 21 Systemen zu erwerben.

Das Projekt wurde im März 2019 in die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO) der EU überführt. Im Februar im Koalitionsausschuss und im März 2021 im Bundestag wurden bzw. werden weitere Bewilligungsschritte für die Eurodrohne gemacht, auch wenn, wahrscheinlich auf Grund der Bedenken in der SPD, vorläufig keine Finanzierung für die entsprechende Bewaffnung beschlossen wurde.

„Gemeinschaftsprogramm Eurodrohne: Die Eurodrohne ist ein primär als Aufklärungssystem konzipiertes, multinationales Gemeinschaftsprojekt gemeinsam mit Frankreich, Italien und Spanien. Die Koalitionspartner vereinbaren, die notwendigen Beschlüsse herbeizuführen, damit die Verträge zur Entwicklung und Beschaffung der Eurodrohne wie geplant im März unterzeichnet werden können. Der Industrievertrag umfasst keine Bewaffnung der Eurodrohne.“ (Ergebnispapier des Koalitionsausschusses, 03.02.2021)

Freie Fahrt für die Rüstungsindustrie? Bewaffnete Drohnen spielen eine zentrale Rolle bei dem FCAS, dem Future Combat Air System. Laut einem öffentlichen Dokument des französischen Parlaments sollen sie sogar „sowohl die französische(n) Atomwaffe(n) als auch die von Deutschland implementierte(n) NATO-Atomwaffe(n) tragen“ können. Deutschland, Frankreich und Spanien wollen sich mit dem FCAS eine Vorreiterrolle in der autonomen Kriegsführung sichern.

Es handelt sich um ein lukratives Geschäft für die Rüstungsindustrie, wie die o.g. Kostenschätzungen zeigen. Mit der entsprechenden Lobbyarbeit ist zu rechnen. Die Bundestagsabstimmung über die nächste FCAS-Finanzierungsphase soll noch vor der Bundestagswahl stattfinden. Kompe-

tenzstreitigkeiten der beteiligten Rüstungskonzerne führten allerdings dazu, dass diese eine Frist zur Angebotsabgabe am 5. Februar verstreichen ließen, was zu Verzögerungen führen kann.

Der Übergang von ferngesteuerten zu autonomen Systemen ist oft ein schleicher Prozess, in dem kontinuierlich weitere Entscheidungen von KI-Systemen übernommen werden. In Deutschland fand eine Umfrage im Dezember 2020, dass eine Mehrheit von 68% der Befragten vollautonome Waffen ablehnte. Die Aufrüstung hin zu womöglich atomaren autonomen Waffensystemen muss verhindert werden. Wir fordern daher, dass Kampfdrohnen und Killerroboter international verboten und Maßnahmen gegen ihre Proliferation ergriffen werden. Deutschland muss sich weiter am internationalen Ächtungsprozess beteiligen, statt die Rüstungsspirale voranzutreiben!

Die Friedensbewegung muss weiter breite gesellschaftliche Diskussionen führen und auf die Parteien einwirken, die sich im Bundestagswahlkampf positionieren.

Der AK gegen bewaffnete Drohnen bzw. Mitglieder des AK haben Online-Hearings durchgeführt und planen weitere. Bei Interesse an der Mitarbeit meldet Euch gerne beim Netzwerk Friedenskooperative.



Susanne Grabenhorst, stellv. Vorsitzende IPPNW

Abrüsten statt Aufrüsten!

Auszug aus dem Aufruf: Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart. ...

Damit wollen wir anfangen: **Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.** ...

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde

Aufruf online unterschreiben auf <https://abruesten.jetzt> oder Unterschriftenlisten bestellen bei: frieden-und-zukunft@t-online.de oder friekoop@friedenskooperative.de

Friedensarbeit kostet Geld

Bitte spendet!

Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90 | BIC: HELADEF1822

Stichwort: Abrüsten jetzt (Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden)

Weiter von Seite 1

Zehn Vorschläge des Arbeitsausschusses, die dem Friedensthema mehr Gewicht geben sollen:

- 1. Debattenrunde mit den Spitzenkandidat:innen** von Union, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Linkspartei zu Friedenspolitik und Gemeinsame Sicherheit Ende August – möglichst in Kooperation mit der FR oder der taz.
- 2. Regionale Kandidat:innenbefragungen** in allen größeren Städten und in Landkreisen. (Organisation: dezentral)
- 3. Evtl. weitere Diskussionsveranstaltung** vor der Bundestagswahl z. B. zu Aufrüstung oder Klimaschutz mit Vertreter:innen der Jugendverbände.
- 4. Evtl. eine Anzeige mit unseren wichtigsten Forderungen** zur Friedenspolitik in Zeitung(en).
- 5. Herausgabe eines elektronischen „Friedensbrief“**, der im Juli, August und September versandt wird.
- 6. Zeitungen** zu den Ostermärschen und zur Bundestagswahl.
- 7. Regionale Demonstrationen, Protestaktionen „Für Abrüstung und Entspannungspolitik“** am 19. Juni 2021.
- 8. Mobilisierung** zu den Ostermärschen 27. März bis 05. April.
- 9. Unterstützung der Friedenswanderung der NaturFreunde.**
- 10. Unterstützung der Veranstaltungen der Friedensbewegung:** Informationen auf <https://abruesten.jetzt/>

Außerdem:

- ▶ 18. April. Aktionskonferenz in Frankfurt am Main.
- ▶ 4. – 5. Dezember. Friedensratschlag in Kassel.

Terminübersicht:

Aktionsberatung 18. April 2021

Online (zoom) und offline in Frankfurt am Main

11:00 – 15:30 Uhr Frankfurter Gewerkschaftshaus | Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77 | 60329 Frankfurt am Main | Nähe HBF

Mit Andrea Kocsis (ver.di) und Renke Brahms (Friedensbeauftragter der EKD). Anmeldung unbedingt erforderlich: info@abruesten.jetzt

Bundesweiter dezentraler Aktionstag 19. Juni 2021

Regionale Demonstrationen, Kundgebungen und Protestaktionen „Gegen Aufrüstung und Militarisierung - für Abrüstung und Entspannungspolitik“.

Weitere Termine gibt es auf abruesten.jetzt/veranstaltungen

Zeitung bestellen

Bestellung über das Formular auf abruesten.jetzt/zeitung. Wir bitten um einen Kostenbeitrag für Porto und Druckkosten: 50 Stück für 5 €; 100 Stück für 10 €; 200 Stück für 15 €; 500 Stück für 30 €; 1.000 Stück für 50 €.

KONTAKT:

Initiative **abrüsten statt aufrüsten** | Marienstraße 19/20, 10117 Berlin |
Tel.: 030 20654857 | Fax: 030 3199668 | Facebook: Abrüsten Jetzt | Twitter:
[@abruesten_jetzt](https://twitter.com/abruesten_jetzt) | E-Mail: info@abruesten.jetzt | Web: www.abruesten.jetzt |
Bestellung der Zeitung über unsere Website: www.abruesten.jetzt/zeitung

UNTERSTÜTZUNG:

Die Initiative ist auf ihre Unterstützung angewiesen. Jede kleine und große Spende hilft, die Initiative erfolgreich zu gestalten. Bitte spenden Sie an: **Spendenkonto:** Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. | IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90 | BIC: HELADEF1822 | Stichwort: Abrüsten jetzt

IMPRESSUM:

Redaktion: Reiner Braun, Kristine Karch, Marek Voigt, Lucas Wirl | **V.i.S.d.P.:** Reiner Braun
Layout: www.Ronald-Schrodt.de
Auflage: 15.000